

Wird Neuhegi jetzt zur Planungsleiche?

Der Gemeinderat hat dem Stadtrat und seinen Planern am Montag ein Bein gestellt, indem er in Neuhegi vor allem Arbeitsplätze statt noch mehr Wohnungen fest schrieb. Eine Aktion mit Vorgeschichte und mit Folgen: Kann Neuhegi nun überhaupt noch geplant werden?

MARTIN GMÜR

Es ging im Gemeinderat um ein Zusatzenge schäft: 1,5 Millionen Franken waren zu bewilligen, um den neuen Stadtteil Neuhegi seriös zu planen. Um Zeit dafür zu haben, hatte der Stadtrat kurz vor dem Sulzer-Implenia-Deal eine Planungszone festgesetzt und vom Regierungsrat bestätigen lassen. Mit dem Ziel, Grünräume, Fuss- und Radwege zu planen und vor allem das Gebiet um die beiden Bahnhöfe Grütze und Hegi so vorzubereiten, dass sie zu Drehscheiben werden. Öde, menschenleere und gefährliche Orte will niemand. Also gilt es, Läden, Wohnraum und Verkehrsverbindungen festzulegen. So weit die Routine.

Doch dann kam ein Zusatzantrag hinzu, der ursprünglich von den Grünliberalen kam und am Montag im Ratssaal eine Mehrheit fand: Die Verpflichtung, dass in der 100 Hektaren grossen Planungszone Neuhegi die Fläche der Arbeitsplätzen im Zuge der Planung nicht verringert werden darf. Eine Verpflichtung, die der Stadtpräsident «absurd» nannte, weil sie zu wenig differenziert sei und bereits Beschlossenes unberücksichtigt lasse.

70 Prozent sind Industriezone

Die Verpflichtung sei «unmöglich zu erfüllen», sagt Fritz Zollinger, Planer bei der Stadtentwicklung. 70 Prozent der Planungszone liegen in der Industriezone, 19 Prozent in Mischzonen für Wohnungen und Gewerbe, 11 Prozent entlang den Gleisen in der Reservezone. Bereits vom Volk beschlossen ist, dass die vierte Etappe des Eulachparks in der heutigen Industriezone realisiert wird. Bloss: Diese Fläche irgendwo sonst zu kompensieren, wie der Gemeinderat verlangt, ist nicht möglich.

Der Grünliberale Michael Zeugin hat dennoch kein schlechtes Gewissen, den Antrag eingebracht zu haben. «Der Stadtrat hatte in der vorberatenden

Kommission die Chance, einen Kompromissvorschlag zu machen», sagt er. Doch was der Stadtrat vorlegte, sei seinen Vorstellungen 180 Grad entgegengelaufen: «Das war kein Kompromiss.» Zeugin sieht keine Bemühungen des Stadtrats, das Bevölkerungswachstum bremsen zu wollen, deshalb habe er am Antrag festgehalten. «Und nicht zu-

letzt ist es Aufgabe des Parlaments, die Marschrichtung vorzugeben – das dürfen wir nicht den Planern überlassen.»

Als «Macht demonstration des Gemeinderats» interpretiert Stadtpräsident Ernst Wohlwend (SP) den Entscheid am Tag danach. Und Zeugins Darstellung, er habe sich nicht um einen Kompromiss bemüht, widerspricht er: «In dieser absoluten Form ist der Antrag unmöglich.» Deshalb habe er eine Formulierung gewählt, wonach die Industrie- und Gewerbe zonen «soweit möglich und planerisch sinnvoll beibehalten werden» sollen.

Er habe gehofft, damit die Vorstellung der Kommission zu erfüllen. Selbst im Ratssplenum habe er noch gehofft, einige zu überzeugen.

Nicht 100 Prozent umsetzbar

Auch dem Eindruck, die Planer hätten heute das Sagen und das Primat der Politik wanke, widerspricht Wohlwend: «Es ist ein Prozess von Fachleuten und Politik, bei dem die Politik abschliessend entscheidet.» Doch räumt er ein: «Ich kenne das Fachchinesisch; man muss gelegentlich aufpassen, dass die Menschen nicht vergessen gehen.»

Wird die Planung von Neuhegi jetzt erschwert oder gar unmöglich? Wohlwend gibt sich diplomatisch: «Wir werden versuchen, das Anliegen umzusetzen und Neuhegi trotzdem zu einem lebendigen Stadtteil zu machen.» Be deutet das: Der Stadtrat foutiert sich um das Bremsmanöver des Gemeinderats? Oder passt er die Planung dessen Vorstellung, so weit machbar, an? «Zu hundert Prozent lässt sich der Antrag nicht umsetzen», sagt Wohlwend. «Am Schluss wird der Gemeinderat auf jeden Fall unsere Arbeit bewerten und darüber abstimmen können.»

■ DIE HEUTIGEN ZONEN IM PLANUNGS GEBIET GRÜTZE/NEUHEGI

